

Vor genau vier Jahren stürmten Demonstranten mit Schlagstöcken, chemischen Reizstoffen und anderen Waffen das US-Kapitol – angestachelt durch Donald Trumps Lüge, die Wahl 2020 sei ihm gestohlen worden.

Mehrere Menschen starben während und nach dem Aufstand, darunter ein Demonstrant durch einen Schuss und vier Polizeibeamte durch Suizid. Über 140 Beamte wurden verletzt. Nach dem Angriff schien Trumps politische Karriere am Ende zu sein. Doch in zwei Wochen wird er erneut den Amtseid als Präsident ablegen.

Er und seine Anhänger haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Ereignisse dieses Tages neu zu deuten. Sie verbreiteten Verschwörungstheorien zu ihrem politischen Vorteil. Während seine Verbündeten im Kongress und in den Medien den Angriff verharmlosten und die Schuld umlenkten, wurden die gewalttätigen Randalierer strafrechtlich verfolgt, verurteilt und inhaftiert – zu patriotischen Märtyrern stilisiert.

Trumps Rückkehr ins Weiße Haus wird ihm die Macht geben, den von ihm als "Tag der Liebe" bezeichneten Aufstand weiter zu beschönigen. Er hat versprochen, die Randalierer in der ersten Stunde seiner neuen Amtszeit zu begnadigen, während seine Unterstützer im Kongress daran arbeiten, strafrechtliche Schritte gegen diejenigen einzuleiten, die sein Verhalten untersucht haben.

Ukraine startet neuen Angriff in West-Russland

Ukrainische Truppen haben gestern eine neue Offensive in der russischen Region Kursk begonnen. Dabei kamen Panzer, Minenräumgeräte und mindestens ein Dutzend gepanzerter Fahrzeuge zum Einsatz, wie ukrainische und russische Offizielle mitteilten. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, der Angriff sei abgewehrt worden.

Die Offensive scheint ein Versuch zu sein, in Kursk die Initiative zurückzugewinnen – inmitten der Schwierigkeiten der Ukraine, die anhaltenden, kostspieligen Angriffe der russischen Truppen im Osten zurückzudrängen. Russlands Streitkräfte erzielen weiterhin verlustreiche, aber stetige Fortschritte in der Region Donezk.

Ein Wochenende voller israelischer Angriffe auf Gaza

Dutzende israelische Angriffe trafen am Wochenende den Gazastreifen und töteten nach



Angaben des dortigen Gesundheitsministeriums innerhalb von 24 Stunden 88 Menschen. Die Zahlen unterscheiden nicht zwischen Zivilisten und Kämpfern.

Das israelische Militär erklärte, mehr als 100 Ziele in der Enklave getroffen zu haben, darunter Stellungen, von denen aus Militante angeblich Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert hatten. Es hieß weiter, die Angriffe hätten Hamas-Kämpfer getötet, und man habe Maßnahmen ergriffen, um das Risiko für Zivilisten zu minimieren. Diese Angaben konnten nicht unabhängig überprüft werden.

Der Druck auf beide Seiten, ein Waffenstillstandsabkommen zu erreichen, wächst – ein Abkommen, das auch die Freilassung von Geiseln in Gaza umfassen würde, bevor Donald Trump sein Amt antritt. Sowohl Hamas als auch Israel gaben an, Delegationen zu Verhandlungen nach Katar zu schicken. Beide Seiten machen einander für das Scheitern eines Abkommens verantwortlich.

WEITERE TOP-THEMEN

- Österreich: Koalitionsgespräche zwischen drei etablierten Parteien scheiterten, wodurch die rechtsextreme Freiheitliche Partei Österreichs eine realistische Chance hat, die nächste Regierung zu führen.
- Großbritannien: Elon Musk, der milliardenschwere Gründer von Tesla, forderte den populistischen Politiker Nigel Farage auf, als Vorsitzender seiner aufständischen, einwanderungsfeindlichen Partei Reform U.K. zurückzutreten.
- Südkorea: Bereits vor dem Flugzeugabsturz letzte Woche, bei dem 179 Menschen ums Leben kamen, hatte Jeju Air mit Schulden zu kämpfen.
- New York City: Gestern begann ein Maut-Programm, das 9 Dollar verlangt, um Teile Manhattans zu befahren einer der verkehrsreichsten Gegenden der Welt.
- Chile: Präsident Gabriel Boric besuchte am Freitag den Südpol, um die territorialen Ansprüche seines Landes auf Teile der Antarktis zu untermauern.
- Japan: Die Schwierigkeiten, in China zu investieren, haben viele Unternehmen dazu gebracht, Geschäfte in den USA abzuschließen. Die von Trump vorgeschlagenen Zölle dürften diesen Trend verstärken.
- Medien: Amazon kündigte an, dass sein Streamingdienst Prime Video eine Dokumentation über das Leben von Melania Trump veröffentlichen wird.